

SoVD Magazin

Herausgegeben vom Sozialverband Deutschland

04
2014

Gleicher für Lohn gleiche Arbeit



MASCHINEN-
BAUTECHNIK

Eine starke Gemeinschaft

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) vertritt die Interessen der Rentner, der Patienten und gesetzlich Krankenversicherten sowie der pflegebedürftigen und behinderten Menschen. Wir setzen uns für Ihre Rechte ein und bieten unseren Mitgliedern Beratungsstellen in ganz Deutschland. Dort erhalten sie Hilfe bei Fragen zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung oder in behindertenrechtlichen Dingen. Soziale Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir setzen uns für den Ausbau und den Erhalt der sozialen Sicherungs-



systeme ein. Der Sozialstaat ist ein wichtiges Auffangnetz für die Menschen – das zeigt sich gerade in der jetzigen Wirtschaftskrise. Uns geht es auch um Chancengleichheit, zum Beispiel um die Bildung und Ausbildung, die unsere Gesellschaft behinderten und benachteiligten Kindern und Jugendlichen bietet.

Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft mit rund 540 000 Mitgliedern. Bei uns können Sie sich engagieren und mit anderen gemeinsam aktiv werden. Einer von über 3000 Ortsverbänden befindet sich bestimmt auch in Ihrer Nähe.



Die bundesweit über 540 000 Mitglieder des SoVD bilden eine starke Gemeinschaft.

Gerechtigkeit beim Lohn

Zum Equal Pay Day fanden bundesweit Demonstrationen für eine gerechte Bezahlung von Männern und Frauen statt.

Seite 10–14



Hartz IV

Vierzig Prozent der Alleinerziehenden sind auf Hartz IV angewiesen.

Seite 9

Familienarbeitszeit

SoVD tritt dafür ein, dass Erwerbstätige mehr Zeit für die Familie haben.

Seite 15

Versicherte über Gebühr belastet

Diskussion um Datenmissbrauch: Welche Vor- und Nachteile bringt die elektronische Gesundheitskarte mit sich?

Seite 4–8



Inklusionslauf

Am 28. Juni findet in Berlin der erste Inklusionslauf des SoVD statt.

Seite 22–25

Kollege mit Handicap

SoVD kooperiert mit gemeinnützigem IT-Unternehmen.

Seite 28–29

Wählen ist einfach

Broschüre in einfacher Sprache zur Europawahl vorgestellt.

Seite 18–21



Regierung saniert Staatshaushalt durch Sozialbeiträge

Versicherte über Gebühr belastet

Weil innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) derzeit finanzielle Rücklagen bestehen, will der Bund seine Zuweisungen an den Gesundheitsfonds kürzen. Somit würden die Versichertengelder indirekt zur Sanierung des Bundeshaushaltes verwendet. Sind die Reserven der GKV jedoch aufgebraucht, werden erneut die Versicherten zur Kasse gebeten. Hierfür sollen Krankenkassen ab 2015 einen prozentualen Zusatzbeitrag erheben können – in unbegrenzter Höhe. Diese Pläne stoßen auf die gemeinsame Kritik von SoVD und Volkssolidarität: Beschäftigte und Rentner dürfen nicht alleine für Kostensteigerungen im Gesundheitssystem zahlen.

Seit 2009 gibt es den Gesundheitsfonds. Alle Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeber und der Sozialleistungsträger fließen zunächst in diesen Fonds. Von dort werden die Gelder dann an die einzelnen Krankenkassen verteilt. Die Kassen wiederum finanzieren daraus die Leistungen für ihre Versicherten. Dazu zählen auch gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie etwa die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern oder das Mutterschaftsgeld. Zu diesem Zweck fließen jedes Jahr auch Steuermittel in den Ge-

sundheitsfonds. Dieser Bundeszuschuss sollte jährlich 14 Milliarden Euro betragen. Zum Vergleich: Die Ausgaben der Kassen für die genannten Zwecke liegen nach Expertenschätzungen bei deutlich über 20 Milliarden Euro jährlich.

Rücklagen im Fonds

Im letzten Jahr wurde insgesamt mehr Geld eingenommen als ausgegeben. Dadurch sind im Gesundheitsfonds Rücklagen von knapp 14 Milliarden Euro entstanden. Diesen Umstand nimmt die



Foto: Kzenon / fotolia

Erst kürzt die Bundesregierung ihre Zuschüsse an den Gesundheitsfonds, dann führt sie innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung Zusatzbeiträge ein. Die Rechnung zahlen am Ende allein die Rentner und Arbeitnehmer.

Bundesregierung zum Anlass, den bereits zugesagten Zuschuss zu kürzen. Die eingesparte Summe soll zu einem ausgeglichenen Haushalt beitragen. Bis 2015 erhält der Gesundheitsfonds demnach insgesamt 8,5 Milliarden Euro weniger an Steuergeldern. Die Differenz müsste aus den Reserven des Gesundheitsfonds bezahlt werden. Zur Erinnerung: Hierbei handelt es sich primär um die Beiträge der Versicherten. Diese würden somit in-

direkt die Sanierung des Bundeshaushaltes bezahlen.

Beiträge zweckentfremdet

Kritik an dieser Vorgehensweise üben anerkannte Experten wie Klaus Kirschner. Er war Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag und engagiert sich heute im Sozialpolitischen Ausschuss des SoVD. Im Gespräch mit der SoVD-Zeitung findet Kirschner klare

Worte: „An dem Beispiel wird deutlich, wie vermeintlich sicher Rücklagen oder ein Kapitalstock vor einem Zugriff sind, wenn die Politik Geld benötigt. Hier werden ganz eindeutig Sozialversicherungsbeiträge zweckentfremdet.“

GKV-Finanzreform

Sind die Rücklagen im Gesundheitsfonds aufgebraucht, werden erneut die Versicherten zur Kasse gebeten – und das könnte schon bald geschehen. Denn noch in diesem Frühjahr soll eine Finanzreform der Krankenkassen beschlossen werden. Hinter dem „GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz“ verbirgt sich unter anderem eine entscheidende Änderung bei der Bemessung des Beitragssatzes.

Zusatz- statt Sonderbeitrag

Aktuell liegt der einheitliche Beitragssatz bei 15,5 Prozent, gemessen an den beitragspflichtigen Einnahmen der Versicherten. Hiervon zahlen die Arbeitgeber lediglich 7,3 Prozent. Der Versicherte hat dagegen noch einen Sonderbeitrag von 0,9 Prozent zu tragen, kommt also insgesamt auf 8,2 Prozent. Dieser Sonderbeitrag soll nach dem Willen der Bundesregierung zum kommenden Jahr

abgeschafft werden. An seine Stelle tritt dann ein Zusatzbeitrag, über dessen Höhe, je nach Bedarf, jede Krankenkasse alleine entscheiden kann. Der Gesetzgeber erhofft sich davon einen stärkeren Wettbewerb und stellt den Versicherten sogar sinkende Beiträge in Aussicht. Aber stimmt das?



Foto: Janina Dierks / fotoliaKzenon / fotolia

**Sonder- oder Zusatzbeitrag:
Am Ende zahlen allein die
Versicherten die Zeche.**

Steigender Finanzbedarf

Gesundheitsexperte Klaus Kirschner hält sinkende Beiträge für völlig ausgeschlossen. Er verweist auf interne Berechnungen des Bundesgesundheitsministeriums, wonach der Finanzbedarf sehr bald steigen wird.

Schon 2017 könne der Beitrags-

satz für die Versicherten demnach bei über neun Prozent liegen.

Auch das Bild von durchweg „wohlhabenden“ Krankenkassen zweifelt Kirschner an. Die Gelder seien sehr unterschiedlich verteilt. Es gebe durchaus Kassen, die aufgrund ihrer Mitglieder- und Einnahmestruktur auf hohe Rücklagen blicken, andere dagegen hätten nur geringe oder überhaupt keine finanziellen Reserven. Alles über einen Kamm zu scheren, davon hält der erfahrene Gesundheitspolitiker überhaupt nichts: „Das ist, als ob Sie die Füße im Kühlschrank und den Kopf im Backofen haben. Da haben Sie dann auch eine angenehme Durchschnittstemperatur.“

Gewinner und Verlierer

Ungleich verteilt sind auch die Vor- und Nachteile der geplanten Reform. Fest steht zumindest schon jetzt, dass die Arbeitgeber nach dem Willen der Bundesregierung nicht stärker belastet werden sollen. Ihr Anteil wird – unabhängig von möglicherweise noch anstehenden Kostensteigerungen – bei 7,3 Prozent eingefroren. Die Arbeitgeber gehören somit ohne Frage zu den Gewinnern der Finanzreform.



Das bedeutet umgekehrt, dass sämtliche Zusatzausgaben im Gesundheitssystem künftig allein von den Versicherten bezahlt werden müssen. Dabei haben die schon jetzt erhebliche Zuzahlungen zu leisten, etwa beim Zahnersatz. Die Versicherten gehören somit eindeutig zu den Verlierern der Reform.



Klaus Kirschner

Abschied von der Parität

Die Schonung der Arbeitgeber und die einseitige Belastung der Versicherten ärgert Klaus Kirschner: „Das ist für mich wirklich ein politischer Sündenfall, denn damit wird die paritätische Finanzierung

endgültig aufgegeben und ist Makulatur.“

SoVD und Volkssolidarität sehen das genauso. In einem Brief an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) fordern die Verbände, auf die Erhebung von Zusatzbeiträgen zu verzichten. Wörtlich heißt es in

dem Schreiben: „Während die Arbeitgeber weiterhin ihrer Mitverantwortung für die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich nicht gerecht werden, haben die Beschäftigten sowie die Rentnerinnen und Rentner über Jahre hinaus sämtliche Kostensteigerungen im Gesundheitsbereich alleine zu tragen.“ *job*

Hintergrund

SoVD und Volkssolidarität appellieren an die Bundesregierung, auf die Erhebung von Zusatzbeiträgen zu verzichten. In einem Schreiben an Bundesminister Gröhe warnen die Verbände vor den beabsichtigten Neuregelungen zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung. Volkssolidarität und

SoVD fordern, die Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung und zum Abbau der Fehl- und Überversorgung konsequent zu nutzen. Zudem sei die heutige Beitragsbemessungsgrenze, die Bezieher höherer Einkommen begünstigt zu prüfen.

Viele Alleinerziehende beziehen Hartz IV

Schwierige Bedingungen

Alleinerziehende in Deutschland sind besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen – zwei Fünftel von ihnen beziehen Hartz IV. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Schuld seien vor allem schlechte rechtliche und familienpolitische Bedingungen. Der Studie zufolge benachteiligt auch das Steuerrecht die Betroffenen. Außerdem greife der Staat Müttern nicht genug unter die Arme, wenn Väter ihren Unterhaltspflichten nicht nachkämen. Rund 2,2 Millionen

Kinder wachsen inzwischen mit nur einem Elternteil auf. Neun von zehn Alleinerziehenden sind Frauen. In jedem zweiten Fall zahlten die Väter den Unterhalt nicht in voller Höhe. Der Unterhaltsvorschuss, der dann beantragt werden kann, ist auf maximal sechs Jahre beschränkt. *dpa*



Foto: S. Kobold / fotolia

Neun von zehn Alleinerziehende sind Frauen. Eine Studie belegt erneut, dass sie hinsichtlich ihrer rechtlichen und sozialpolitischen Bedingungen oft benachteiligt sind.

SoVD am Equal Pay Day mit bundesweit 108 Aktionen

Lohnungerechtigkeit

Bundesweit fanden am 21. März – am „Equal Pay Day“ – Aktionen für die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen statt. Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Flashmobs und anderen Aktionen wurde deutlich gemacht, dass Frauen im Schnitt immer noch 22 Prozent schlechter entlohnt werden als Männer. Auch der Sozialverband



Für Geschlechtergerechtigkeit demonstrierten die Bundesfrauensprecherin des SoVD, Edda Schliepack (Bildmitte, li.), Bundesministerin Manuela Schwesig (re.), DGB-Chef Michael Sommer (2. v. re.) und die Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, Hannelore Bult (ganz re.).

am Start – Großkundgebung am Brandenburger Tor

ist ein Grundrecht

Deutschland (SoVD) war bundesweit mit insgesamt 108 Aktionen am Start, um für mehr Gerechtigkeit unter den Geschlechtern zu kämpfen. In Berlin veranstalteten der SoVD, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deutsche Frauenrat erneut eine Kundgebung am Brandenburger Tor.



Foto: Simone M. Neumann

Bundesweit fanden am 21. März – am „Equal Pay Day“ – Aktionen für die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen statt. Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Flashmobs und anderen Aktionen wurde deutlich gemacht, dass Frauen im Schnitt immer noch 22 Prozent schlechter entlohnt werden als Männer. Auch der Sozialverband Deutschland (SoVD) war bundesweit mit insgesamt 108 Aktionen am Start, um für mehr Gerechtigkeit unter den Geschlechtern zu kämpfen. In Berlin veranstalteten der SoVD, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Deut-



Foto: Herbert Schlemmer

Die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig will ein Gesetz für mehr Lohn-gerechtigkeit.

sche Frauenrat erneut eine Kundgebung am Brandenburger Tor.

Das Datum „21. März“ war nicht zufällig gewählt: Es markiert den Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus weiterarbeiten müssen, um rechnerisch auf das Jahresgehalt eines Mannes zu kommen. Umgekehrt ausgedrückt: Männer müssten im Durchschnitt erst am 21. März anfangen zu arbeiten, um am Ende des Jahres für die exakt gleiche Tätigkeit ebenso viel im Portemonnaie zu haben wie Frauen.



Foto: Herbert Schlemmer

DGB-Chef Michael Sommer zeigte in seiner Rede unterschiedliche Formen der Ungerechtigkeit auf.

Frauen arbeiten immer noch 80 Tage im Jahr für lau
„Frauen arbeiten 80 Tage im Jahr für lau“, brachte Edda Schliepack, SoVD-Präsidiumsmitglied und -Bundesfrauensprecherin, diese Ungerechtigkeit auf den Punkt. „Seit sechs Jahren stehen wir hier vor dem Brandenburger Tor. Das kann nicht sein!“ Schliepack mahnte an, dass die Lohndifferenz mit dem Alter sogar noch steige. Zudem seien Frauen nachweislich auch bei Sonderzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld benachteiligt und müssten



Foto: Herbert Schlemmer

Mehr Gerechtigkeit forderte SoVD-Bundesfrauensprecherin Edda Schliepack in ihrer Rede.

häufiger in Teilzeit sowie für Niedriglöhne arbeiten. „Wir können uns über viele Erfolge im Bereich der Gleichberechtigung freuen, aber wir stehen immer noch vor der Herausforderung endlich zu erreichen, dass Frauen und Männer den gleichen Lohn für gleiche Arbeit verdienen!“

Gesetzliche Regelung für mehr Lohngerechtigkeit

Manuela Schwesig, Bundesfrauenministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (SPD) kündigte an, sie werde noch 2014 Eckpunkte für eine gesetzliche Re-



Foto: Herbert Schlemmer

Edda Schliepack (re.) begrüßt den SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann.

gelung für mehr Lohngerechtigkeit auf den Weg bringen. „Indirekte Lohndiskriminierung muss durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Aufwertung von typischen Frauenberufen beseitigt werden“, so Schwesig. Auch das durch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vorgelegte Mindestlohngesetz sei ein wichtiger Schritt zur Beseitigung der Lohnungerechtigkeit, erklärte Schwesig. Unterschiedliche Formen der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern prangerte auch DGB-Chef Michael Sommer an.

Hannelore Buls, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, sprach das Problem der Teilzeitbeschäftigungen an. Diese immer häufiger angeboten und freiwillig oder unfreiwillig genutzten Beschäftigungsformen seien „Teil des Problems und nicht der Lösung“.

Weitere kritische Wortbeiträge kamen von den Bundestagsabgeordneten Peter Weiß (CDU/CSU), Thomas Oppermann (SPD), Dr. Gregor Gysi (Die Linke) und Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen). veo

Equal Pay Day

Auf dem Videoportal des SoVD können Sie sich auch einen Film zu der Kundgebung anschauen. Besuchen Sie hierfür einfach die Internetseite www.sovd-tv.de. Alle Beiträge sind leicht verständlich umgesetzt und können wahlweise mit Untertiteln abgespielt werden. Um regelmäßige Informationen zu neuen Filmbeiträgen zu erhalten, können Sie sich dort auch für einen Newsletter anmelden.



Ministerin schlägt Modell zur Familienarbeitszeit vor

Eltern flexibler machen

Der SoVD tritt dafür ein, dass Erwerbstätige Zeit für die Familie haben, Kinder in Ruhe erziehen und Angehörige bei Bedarf unterstützen können. Bislang ist das eine Frage für Frauen.

Die Teilzeitarbeit gilt zwar generell als Fortschritt, denn unflexible Vollzeit zwang viele Frauen früher oft dazu, den Beruf ganz aufzugeben, doch ist Teilzeit zu Lasten von Frauen weiterentwickelt worden. So teilen sich Frauen heute insgesamt einen gleichbleibenden „weiblichen“ Arbeitsmarkt untereinander auf. Das führt dazu, dass die Arbeitszeit der einzelnen Frau abnimmt und damit auch ihr Verdienst. Ein Desaster für die Altersvorsorge, wie wir heute wissen. Wir brauchen also neue Lösungen.

Worum geht es? Der Verdienst muss heute für Frauen die eigenständige Existenz sichern. Oft ist aber festzustellen: Je geringer die Arbeitszeit, umso schlechter der Stundenlohn. Das zeigt sich direkt beim Minijob, bei dem die Löhne auch unabhängig von der Qualifikation meist unter der geplanten Mindestlohngrenze von 8,50 Euro liegen. Viele Frauen und Männer wünschen sich daher eine vollzeitnahe

Arbeitszeit, die ihnen einen ausreichenden Verdienst ermöglicht, den Verbleib und auch den Aufstieg im Beruf gewährleistet und auch Zeit für die Familie lässt.

Eine gute Idee ist das „Schwesig-Modell“. Die Bundesministerin brachte Anfang des Jahres eine geringfügig auf 32-Wochenstunden verringerte Familienarbeitszeit für Eltern kleiner Kinder ins Gespräch, wobei der Lohn für die ausgefallene Arbeitszeit mit öffentlichen Mitteln aufgestockt wird. Dieser Vorschlag würde Frauen eine bessere Existenzsicherung und Altersvorsorge ermöglichen. Und Männer könnten sich – wie gewünscht – öfter ihren Kindern widmen.

Die Verkürzung der Vollarbeitszeit darf kein Tabu mehr sein. Leider ist sie in den letzten Jahren in Misskredit geraten, nachdem die Umsetzung in vielen Betrieben vorrangig zur Arbeitsverdichtung genutzt wurde.

hb

Behinderte sollen weiterhin Rundfunkbeitrag zahlen

Von wegen „in der ersten Reihe“

Der neue Rundfunkbeitrag sollte „einfach für alle“ sein. Nun klingelt es vor allem in den Kassen von ARD und ZDF. Sie nehmen bis 2016 über eine Milliarde Euro mehr ein. Das Geld stammt auch von Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung früher keine Gebühren zahlen mussten. Angesichts der Mehreinnahmen fordert der SoVD die Rückkehr zu diesem Nachteilsausgleich.

„Bei ARD und ZDF sitzen Sie in der ersten Reihe“. So lautet die Werbung der öffentlich-rechtlichen Sender. Inzwischen zeigt sich jedoch, dass diese Plätze die Zuschauer teuer zu stehen kommen. Vor allem Menschen mit Behinderung zahlen seit der Gebühren-umstellung ordentlich drauf. Sie werden oftmals nicht mehr von der Zahlung befreit, sondern zahlen einen reduzierten Beitrag von 5,99 Euro monatlich. Hierfür müssen sie jeweils einen Antrag stellen.

Welche Steine den Betroffenen dabei in den Weg gelegt werden, hat SoVD-Mitglied Dietrich Müller aus Coswig in Sachsen-Anhalt erlebt. Der zu 100 Prozent Schwerbehinderte schickte eine Kopie

seines Schwerbehindertenausweises an den Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio. Vergeblich: man brauche das Original oder eine beglaubigte Kopie, andernfalls werde der Antrag abgelehnt. Müller, der auf den Rollstuhl angewiesen ist, empfindet das als Schikane: „Ich wohne im ländlichen Bereich. Um eine Kopie beglaubigen zu lassen, muss ich in die nächste Stadt reisen.“

Wie wenig die Sender dabei tatsächlich auf das Geld von Menschen wie Dietrich Müller angewiesen sind, zeigt sich erst jetzt: Sie werden über eine Milliarde Euro





Fotos: kiono, Avanne Troar,
Marek Gottschalk / fotolia

Seit 2013 wird der Rundfunkbeitrag pro Haushalt erhoben. Zahlen müssen seitdem auch Menschen mit Behinderung, die früher von der Gebühr befreit waren.

mehr an Beiträgen einnehmen als bisher. Andere Schätzungen gehen sogar von drei Milliarden Euro aus. Werden bestehende Ungerechtigkeiten nun also behoben? Fehlanzeige. Stattdessen soll der Rundfunkbeitrag um 48 Cent sinken. Scharfe Kritik kommt hierzu vom SoVD. Dessen Präsident Adolf Bauer erklärte:

„Anstatt mit den deutlichen Zuwächsen bei den Rundfunkeinnahmen soziale Härten für behinderte Menschen abzubauen, kommt jetzt eine Minisenkung.“ Angesichts der Mehreinnahmen fordert Bauer eine Rückkehr zu der bewährten Regelung des Nachteilsausgleichs für Menschen mit Behinderung.

job

SoVD stellt Wahlbroschüre zur Europawahl vor

„Wählen ist einfach“ mit leichter Sprache

64,4 Millionen Menschen in Deutschland sind am 25. Mai aufgefordert, das Europäische Parlament zu wählen. Wählen gehen ist die einfachste Form politischer Mitsprache. Doch das Wahlrecht ist kompliziert und in schwieriger Sprache verfasst. Damit dennoch möglichst viele Menschen dieses Recht ausüben können und verstehen, warum es sinnvoll ist, dies zu tun, haben der Sozialverband Deutschland (SoVD) und die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) eine Broschüre entwickelt: „Wählen ist einfach – die Europawahl“. Diese stellten sie jetzt in Berlin der Öffentlichkeit vor.

Eine Bedingung für Teilhabe in der Gesellschaft ist das sprachliche Verstehen. Wenn Sprache aber zu kompliziert wird, kann sie Barrieren errichten. Um Menschen mit Handicap zu unterstützen, wurde die Broschüre in leichter Sprache verfasst. Auch die Präsentation der Wahlbroschüre wurde in Anwesenheit von über 60 Teilnehmern und Pressevertretern in leicht verständlicher Sprache moderiert.

„Europa geht uns alle an!“, sagte bpb-Präsident Thomas Krüger. „Wir müssen noch viele Hindernisse überwinden für eine politische Bildung und politische Teilhabe



Die Broschüre „Wählen ist einfach“ ist in einfacher Sprache.



Foto: Herbert Schlemmer

Zur Präsentation des Heftes „Wählen ist einfach: Die Europawahl“ kamen zahlreiche Pressevertreter in die Bundeszentrale für Politische Bildung in Berlin.

aller Menschen – ganz gleich, welche Herausforderungen sie mitbringen. Die Bundeszentrale für Politische Bildung hat den Willen, diese Aufgabe zu erfüllen und jeden und jede zu befähigen, Gesellschaft zu gestalten.“

Sönke Franz, Bundesjugendvorsitzender des SoVD stellte fest: „In Europa findet schon heute Politik statt, die große Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat. Verständliche Informationen sind die Voraussetzung dafür, um partizipieren zu können. Die Broschüre soll hierfür eine Handreichung

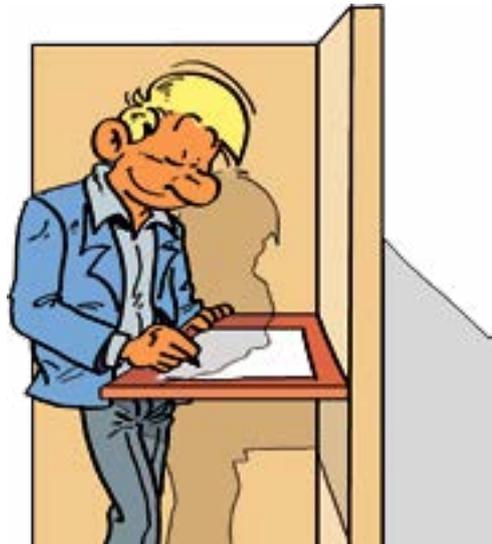
sein. Ein Schritt, uns in die Politik zu wagen und zu erkennen, was wir durch die Abgabe unserer Wählerstimme für uns – Deutschland und Europa – erreichen können.“

Die Broschüre „Wählen ist einfach“ ist per E-Mail unter jugend@sovd.de und auf www.bpb.de/179730 kostenlos bestellbar. Die große Medienpräsenz bei der Vorstellung der Broschüre, zahlreiche Rückmeldungen seit der Präsentation sowie hunderte Youtube-Aufrufe des Filmbeitrages von SoVD-TV „Wählen leicht erklärt“ belegen, wie wichtig das Thema ist.

Am 25 Mai wird über die Zusammensetzung

Kompliziert oder leicht?

Bei der Europawahl entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über ihren Alltag mit. Das Europawahlgesetz erklärt dies so: „Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Listenwahlvorschläge können für ein Land oder als gemeinsame Liste für alle Länder aufgestellt werden. Jeder Wähler hat eine Stimme.“ Ein paar Sätze weiter heißt es: „Wahlvorschläge können nach Maßgabe des Paragraph 9 Abs. 5 von Parteien und von sonstigen mitgliederschafflich organisierten, auf Teilnahme an der politischen Willensbildung und Mit-



Grafiken: Matthias Herrndorff

Damit niemand sieht, welche Partei man gewählt hat, gibt es Wahlkabinen.

wirkung in Volksvertretungen ausgerichteten Vereinigungen mit Sitz, Geschäftsleitung, Tätigkeit und Mitgliederbestand in den Gebieten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (sonstige politische Vereinigungen) eingereicht werden.“ Diese übliche Schriftsprache ist eine Hürde für viele Menschen, die ein Handicap haben. „Amtsdeutsch“ wird aber auch von Menschen schlecht verstanden, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Mit der Broschüre in leichter Sprache soll politische Teilhabe und Mitwirkung auch für die Menschen möglich werden, die bislang wegen sprachlicher Verständnisschwierig-



Im Europäischen Parlament werden wichtige Entscheidungen getroffen.

g des Europäischen Parlaments entschieden

- So ist Wählen einfach

keiten ausgeschlossen waren. Beispielhaft liest sich der weiter oben zitierte Auszug aus dem Europawahlgesetz in leichter Sprache dann wie folgt: „Eine Partei ist eine Gruppe von Menschen mit gleichen Zielen. Sie haben sich zusammengeslossen, um diese Ziele durchzusetzen. Dafür benötigen sie Ihre Stimme. Das ist das Kreuz auf dem Stimmzettel. Für die Wahl hat jede Partei eine Liste aufgestellt. Auf den Listen stehen die Namen, wer ins Europäische Parlament soll. Sie kommen aber nur rein, wenn die Wähler oder die Wählerinnen diese Liste wählen.“



Es ist gar nicht leicht, sich zwischen den verschiedenen Parteien zu entscheiden.



Die in Europa zur Wahl stehenden Parteien werben für ihre Politik.

Film zur Broschüre

Unter www.sovd-tv.de können Sie sich den entsprechenden Film ansehen. Oder klicken Sie einfach auf den Play-Button!



Läufer, Fahrer, Helfer und Zuschauer gefragt

Mitmachen beim ersten SoVD-Inklusionslauf!

Mit einer bundesweit angelegten Initiativveranstaltung startet der SoVD ein Mitmach-Projekt, um das Thema Inklusion im Breitensport selbstverständlich werden zu lassen. Am 28. Juni findet auf dem riesigen Gelände des ehemaligen Berliner Flughafens Tempelhof der erste SoVD-Inklusionslauf statt. Bei der Veranstaltung auf dem Tempelhofer Feld kann jeder mitmachen, der Spaß und Freude an Bewegung hat und auf seine Weise laufen oder fahren kann. Auch Zuschauer und Mithelfer sind willkommen und erwünscht.



Der SoVD-Inklusionslauf 2014 ist als Bewegungs- und Sportveranstaltung konzipiert. Er soll eine Kombination aus verschiedenen Wettbewerben für Menschen mit und ohne Behinderung werden. Gemäß dem Motto: „Gemeinsam aktiv für die gute Sache“ sind alle individuell Sport trei-

benden Menschen eingeladen: Breitensportinteressierte (Sportvereine, Lauftreffs, Behindertensportvereine), Familien, Lebensgemeinschaften und Singles, Jung und Alt. Der Lauf ist für 750 Teilnehmer konzipiert.

Auf dem Tempelhofer Feld, wo sich am Wochenende bis zu 50 000 Erho-



lungssuchende tummeln, werden ein 400-Meter Bambinilauf, eine 4 x 400 Meter Staffel, ein 5-Kilometer-Lauf und ein 10-Kilometer-Lauf stattfinden. In den verschiedenen Kategorien starten Läufer und Fahrer gemeinsam; es werden Bahnen abgeteilt, damit es nicht zu Unfällen kommt.

Die Wettbewerbe werden von einem bunten Rahmenprogramm begleitet, das von Sportmoderator Rafael Treite moderiert wird. Die Moderation wird von einem Gebärdensprachdolmetscher simultan übersetzt. Kooperationspartner des ersten SoVD-Inklusionslaufs sind der Ber-



liner Leichtathletikverband (BLV) und der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV). Der BLV, der unter dem Dach des Deutschen Leichtathletikverbandes organisiert ist, zählt 10 000 Mitglieder. Er veranstaltet jährlich rund 80 Veranstaltungen mit 1 67 000 Teilnehmern. Auch der Berlin Marathon gehört dazu. Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV) vertritt die Interessen von 20 Landesvereinen und ist ebenfalls ein Multiplikator.

SoVD-Mitglieder aus allen Landesverbänden und Interessierte, die

sich angesprochen fühlen und ein Sommerwochenende in Berlin verbringen möchten, können sich unter www.inklusionslauf.de anmelden. Als Ansprechpartner steht Ralf Bergfeld, Mitarbeiter des SoVD und Mit-Organisator, gerne bereit, Tel.: 030/726222-173 oder per E-Mail: info@inklusionslauf.de.

In dem behindertengerechten Hotel Mondial sind auch Rollstuhlfahrer und Menschen mit Handicap optimal untergebracht. Zum Inklusionslauf werden sogar Sonderkonditionen angeboten.

veo



SoVD INKLUSIONS-LAUF

Samstag, 28. Juni 2014

www.inklusionslauf.de

DBSV
Deutscher Blinden- und
Sehbehindertenverband e.V.



SoVD
Sozialverband
Deutschland

**Tempelhofer Feld
Berlin
Beginn 12:00 Uhr**

Zugang ausschließlich über
HAUPT-EINGANG
Tempelhofer Damm
nahe Tempelhof

- Bambinilauf 400 m
- 4 x 400 m Staffellauf
- 5 km- | 10 km-Lauf

Mit freundlicher Unterstützung durch:



DBR-Sprecherrat bei der Behindertenbeauftragten

Kompetenzen behinderter Menschen nutzen

Zu einem politischen Gespräch traf der Sprecherrat des Deutschen Behindertenrates (DBR) die Bundesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Verena Bentele. Themen waren die Reform der Eingliederungshilfe bzw. die Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes, die berufliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung, die inklusive Bildung, Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit sowie die weitere Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland.

Verena Bentele unterstrich, dass ihr der Austausch und die Zusammenarbeit mit den Verbänden behinderter Menschen ein zentrales Anliegen sei. Sie freue sich auf die konstruktive Zusammenarbeit. Die Reform der Eingliederungshilfe/Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes sahen die Teilnehmer übereinstimmend als eines der zentralen behindertenpolitischen Reformprojekte dieser Legislaturperiode.

Erarbeitungsprozess

mit den Behindertenverbänden

Erreicht werden müsse die Herauslösung aus der Fürsorge und die einkommens- und vermögensunabhängige Ausgestal-

tung der Leistungen. Der Einbezug der Behindertenverbände am Erarbeitungsprozess müsse strukturell sichergestellt und nun zügig mit der Arbeit begonnen werden.

Potenziale

behinderter Menschen nutzen

Der DBR kritisierte die weiterhin hohen Defizite bei der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, die auch schwerbehinderte Akademiker umfasse. Bentele unterstrich, man dürfe die Potenziale und Kompetenzen behinderter Menschen in der Arbeitswelt nicht verschenken, sondern müsse sie nutzen; hierauf



Foto: Wolfgang Borrs

V.li.: Ulrike Mascher, Verena Bentele, Volker Langguth-Wasem, Ottmar Miles-Paul und Claudia Tietz trafen sich in erweitertem Kreis zum sozialpolitischen Austausch.

wolle sie in Gesprächen mit Unternehmen und Unternehmensverbänden den Fokus verstärkt richten.

Die Chancen der Vielfalt sowie die Potenziale behinderter Kinder und Jugendlicher gelte es auch für die Frage inklusiver Bildung zu fokussieren, so die Bundesbehindertenbeauftragte. Sie wies auf zusätzliche Erschwernisse durch die föderale Struktur des Bildungssystems in

Deutschland hin. Die Überlegungen des Deutschen Behindertenrates zur Schaffung einer unabhängigen Fachstelle für Barrierefreiheit nahm Bentele mit großem Interesse zur Kenntnis.

Bentele bekräftigte die Absicht, die bewährte Arbeit des Inklusionsbeirates fortzusetzen. Hierfür sagte der DBR seine kooperative und konstruktive Zusammenarbeit zu.

SoVD kooperiert mit gemeinnützigem IT-Unternehmen

Hälfte der Stellen für Kollegen mit Handicap

Sonderkonditionen beim Computer-Kauf bieten der Sozialverband Deutschland (SoVD) und das gemeinnützige IT-Unternehmen AfB im Rahmen einer neuen Kooperation an: Computer gibt es für SoVD-Mitglieder bereits ab 99 Euro.

Die AfB (Arbeit für Menschen mit Behinderung) ist das erste gemeinnützige IT-Systemhaus Europas. Jeder zweite Arbeitsplatz ist durch einen Mitarbeiter mit Behinderung besetzt.

AfB bereitet ausgemusterte Computer, Laptops, Drucker und andere Hardware aus Großunternehmen auf. Die Geräte werden abgeholt, inventarisiert, zertifiziert gelöscht, getestet, gereinigt und anschließend mit einer Garantie von mindestens 12 Monaten an Endkunden verkauft.

180 Mitarbeiter arbeiten heute an dreizehn Standorten in Deutschland, Österreich und Frankreich bei AfB. Die erfolgreiche Integration der Mitarbeiter in die Berufswelt und die damit verbundenen Perspektiven sind beispielhaft.

Das Konzept gilt als Paradebeispiel er-

folgreichen Sozialunternehmertums und ermöglicht Unternehmen aller Branchen, sich in einer Partnerschaft mit AfB für soziale und ökologische Gesellschaftsfragen zu engagieren.

Seit der Gründung im Jahr 2004 haben sich viele namhafte Unternehmen, Banken und öffentliche Einrichtungen für eine Zusammenarbeit mit AfB entschieden. Allein im Jahr 2012 wurden insgesamt über 230 000 Geräte aufgearbeitet.



**Das AfB-Geschäftsmodell
beispieltätige Arbeitsplätze für Menschen**

Am 15. März dieses Jahres wurde die AfB im Rahmen einer festlichen Gala in Frankfurt mit dem Innovationspreis der deutschen Wirtschaft 2014 in der Kategorie „Innovative Personalkonzepte“ ausgezeichnet.

Dirk Fißmer, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit AfB (NRW) sagt: „Wir freuen uns sehr, mit dem SoVD einen Kooperations-

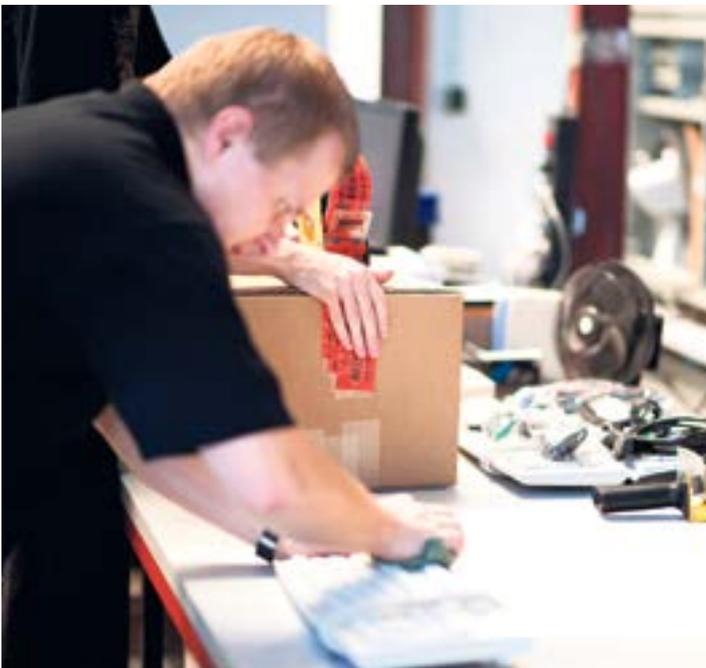
partner gefunden zu haben, mit dem wir uns identifizieren können. Die Leistung des Verbandes für Menschen mit Behinderung ist bemerkenswert und passt zu unserem eigenen Konzept der Inklusion.“

SoVD-Mitglieder und -Mitarbeiter erhalten bei AfB grundsätzlich zehn Prozent Rabatt. Ausgenommen sind Werbeware sowie Sonderartikel.

Die Angebote finden Sie hier: <http://shop.afb-group.eu>. Bitte geben Sie folgenden Partner-Code beim Erstellen Ihres Benutzerkontos ein: sovd-de456. Es kann auch in jedem der bundesweit neun Shops gegen Vorlage der SoVD-Card eingekauft werden: Übersicht und weitere Informationen: www.afb-group.eu.

Ein Angebot, das u.a. im AfB- Online-shop erworben werden kann: HP Compaq DC7900 SFF – Intel Dualcore @ 2,5 GHz – 4GB RAM – 80 GB HDD – DVD-ROM für 129,00 Euro. Oder: Lenovo Thinkpad T400 – Core 2 Duo @ 2,26 GHz – 3GB RAM – 160GB HDD – DVD-RW – Docking für 215,00 Euro.

In den Preisen ist der zehn-prozentige SoVD-Rabatt und die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten. Sollten die Geräte nicht mehr vorhanden sein, erhalten Mitglieder in derselben Preisklasse und Güte gleichwertigen Ersatz.



Fotos: afb

beruht darauf, dass 50 Prozent der Ar-
mit Behinderung vorgesehen sind.

Eine Fahrerlaubnis gilt fürs ganze Leben

Mit dem Auto unterwegs bis ins hohe Alter?

Wir alle werden älter. Und auch wenn wir uns mit 80 noch überaus fit fühlen, so lässt doch das Seh- und Reaktionsvermögen nach. Das ist ganz natürlich. Wer aber sein Leben lang Auto gefahren ist, will sich diese Begleiterscheinungen des eigenen Älterwerdens möglicherweise nicht eingestehen. Während es in anderen Ländern gesundheitliche Untersuchungen gibt, entscheidet in Deutschland jeder selbst, ob er sich im hohen Alter noch hinter das Steuer setzt. Ist das sinnvoll?

Viele von uns machen ihren Führerschein bereits in jungen Jahren, mit 18 oder mit 20. Wer einmal die Fahrprüfung bestanden hat, der behält die damit erworbene Fahrerlaubnis sein ganzes Leben lang. Eine Karriere als Autofahrer kann sich somit also schnell auf ein halbes Jahrhundert erstrecken. In dieser Zeit müssen wir niemandem mehr beweisen, dass wir auch im hohen Alter noch voll „auf der Höhe“ sind.

In den Niederlanden fand man das nicht sinnvoll. Deshalb müssen Autofahrer dort ab ihrem 70. Geburtstag alle fünf Jahre einen Gesundheitstest absolvieren. In Spanien müssen bereits 45-Jährige alle zehn

Jahre einen Hör- und Sehtest bestehen. In Deutschland dagegen ist die Politik bisher strikt gegen derartige Überprüfungen. Warum eigentlich?

Diskriminierung Älterer?

Die Verantwortlichen sträuben sich gegen entsprechende Tests, weil dies eine Diskriminierung älterer Menschen darstellen würde. Auch große Verbände wie etwa der Automobilclub ADAC lehnen derartige Vorschriften ab. Die Kritiker eines solchen Gesetzes bezeichnen dieses als einen Eingriff in das Grundrecht der Autofahrer. Tatsächlich belegen Statistiken, dass die Gruppe der Fahrer „65plus“ nicht häufi-



ger an Unfällen beteiligt ist als der Durchschnitt. Das ändert sich jedoch ab einem Alter von 75 Jahren. Ab jetzt stellen Hochaltrige durchaus ein erhöhtes Risiko im Straßenverkehr dar. Dabei überholen sie sogar noch die unerfahrenen und meist leichtsinnigen Fahranfänger.

Untersuchung schon im eigenen Interesse

Die Zahl der von älteren Autofahrern verursachten Unfälle ist in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel gestiegen. Deshalb muss natürlich niemand ab einem bestimmten Lebensalter automatisch den Führerschein abgeben. Eine Untersuchung, inwieweit man noch fit für den



Foto: DOC RABE Media / fotolia; Foto (Ampel): sp4764 / fotolia

Alter schützt vor Autofahren nicht: In Deutschland entscheidet jeder selbst, ob er noch fit für den Straßenverkehr ist.

Straßenverkehr ist, liegt aber auch im Interesse der Betroffenen. Denn schließlich ist niemand gerne in einen Unfall verwickelt.

Entscheidungshilfe durch den Hausarzt

Im Alter sehen viele von uns schlechter und können nicht mehr so schnell wie früher auf unerwartete Situationen reagieren. Vor allem aber lässt auch die Beweglichkeit nach. Gerade die aber ist enorm wichtig, etwa in der Halswirbelsäule für den Blick über die Schulter beim Abbiegen. Inwieweit der eigene Gesundheitszustand noch fürs Autofahren ausreicht,

könnte am besten der Hausarzt beurteilen. Wer also mögliche Zweifel ausräumen möchte, sollte seinen Arzt auf dieses Thema ansprechen.

Gängelnde Vorschrift oder sinnvolle Unterstützung?

Keine Sorge: Aufgrund der Schweigepflicht, darf der Arzt auch im negativen Fall eines solchen Tests nicht die Behörden informieren. Das gilt sogar für den Fall, dass ein Patient an Demenz erkrankt ist. Auch dieser müsste ganz alleine entscheiden, ob er sich noch hinters Steuer setzt oder nicht.



Ziele und Forderungen der Frauen im SoVD

Ohne Frauen kein Staat...

Ein neues Informationsblatt über die Forderungen und Ziele der Frauen im SoVD ist im Ausschuss für Frauenpolitik des SoVD entwickelt und jetzt veröffentlicht worden.

Der Flyer „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit“ legt die Fakten dar und dokumentiert die wichtigsten frauenpolitischen Forderungen der Frauen im SoVD.

Schon 1919 begann die Geschichte der engagierten Frauen im SoVD. Damals kämpften die hinterbliebenen Frauen im ehemaligen Reichsbund für ihre eigenständige wirtschaftliche und soziale Absicherung – ein Anliegen, das auch heute noch vorrangiges Ziel in der Frauenpolitik ist.

1949 wurde das Grundgesetz verabschiedet mit dem Artikel 3 Absatz 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Dieses Verfassungsziel ist noch nicht erreicht. Deshalb setzen sich die Frauen im SoVD mit Nachdruck für dieses Ziel ein.

Der Flyer steht zum Download bereit unter www.sovd.de.



Vor 40 Jahren: Jubiläum für Rudi Carrell

Quatsch am laufenden Band

Heute werden Fernsehshows am Samstagabend immer aufwendiger produziert. Vor 40 Jahren ging es bescheidener zu. Bei Rudi Carrell stand ein Fließband im Mittelpunkt, zu gewinnen gab es Kaffeemaschinen und Staubsauger. Am 27. April 1974 wurde die Show „Am laufenden Band“ erstmals im deutschen Fernsehen gezeigt.

Für das Fernsehen der damaligen Zeit war es ein völlig neues Konzept: Ganz normale Menschen traten als Kandidaten vor einem Millionenpublikum auf. Dabei schienen sie so etwas wie einen Kindergeburtstag für Erwachsene zu feiern. Zumindest legten die Spiele diesen Vergleich nahe, denn dabei schien es vor allem darum zu gehen, möglichst ausgelassen zu sein und Spaß zu haben. Und das funktionierte offensichtlich ganz hervorragend.





Fotos: Radio Bremen / ARD

Bei „Am laufenden Band“ wurden Gaststars wie Telly „Kojak“ Savallas (re.) frisiert und die Kandidaten (li.) kostümiert. Auch Rudi Carrell musste leiden: Eine aufdringliche Handpuppe in Gestalt eines Emus fraß seinen Moderationstext.



Die vier Kandidatenpaare bestanden jeweils aus einem Elternteil plus Tochter oder Sohn. Wer eine Aufgabe besonders gut und vor allem originell gelöst hatte, bekam dafür Punkte. Für den Gewinner ging es am Schluss ans „laufende Band“, auf dem verschiedene Sachpreise vorbei liefen. Was man sich davon in kurzer Zeit merken konnte, durfte man mit nach Hause nehmen.

„Am laufenden Band“ war die erfolgreichste Samstagabendshow der Siebziger-Jahre. Mit ihr wurde ein junger Holländer bekannt, der noch für Jahrzehnte die Unterhaltung im deutschen Fernsehen

prägen sollte. Rudi Carrell moderierte Sendungen wie „Herzblatt“ oder „Rudis Tagesshow“ und fragte: „Wann wird’s mal wieder richtig Sommer?“.

Am 7. Juli 2006 stirbt der Showmaster an den Folgen einer Krebserkrankung. Vorher verabschiedet er sich auf seine Art von der Sendung „7 Tage, 7 Köpfe“: „Gags, die wir nicht gebrauchen können, hebe ich auf. Und wenn ich in den Himmel komme, werde ich damit etwas nebenbei verdienen.“

frauen arbeiten 80 TAGE für lau!



gleicher lohn für gleiche arbeit

www.sovd.de/EPD

SoVD
Sozialverband
Deutschland